

Resolution der IHK-Vollversammlung zur Stadt-Umland-Bahn

Vollversammlungsbeschluss vom 27. Mai 2014

Erweiterung des Forderungskatalogs Verkehr der IHK Nürnberg für Mittelfranken: Die Stadt-Umland-Bahn (StUB) Nürnberg – Erlangen – Herzogenaurach

Investitionen in den Öffentlichen Personennahverkehr dienen ebenso wie Investitionen z.B. in öffentliche Schulen, Kultur- und Freizeiteinrichtungen der Daseinsvorsorge und Zukunftssicherung. Eine Vollkostendeckung ist hier im Regelfall nicht erreichbar. Deshalb finanzieren größtenteils Bund, Länder und Kommunen mit Steuergeldern die Errichtung und den Betrieb dieser Infrastruktureinrichtungen.

Die IHK Nürnberg für Mittelfranken ist sich bewusst, dass das Vorhalten eines attraktiven Nahverkehrssystems den Haushalt einer Kommune stark belastet. Die Entscheidung, ob eine Stadt-Umland-Bahn finanziert, gebaut und unterhalten werden kann, muss deshalb gut abgewogen werden.

Aus folgenden Gründen sollten sich die Städte Nürnberg, Erlangen und Herzogenaurach dieser Herausforderung stellen:

1. Vernetzung: Die bedarfsgerechte Realisierung einer durchgängigen öffentlichen Nahverkehrsverbindung zwischen dem Nürnberger Norden, Erlangen und Herzogenaurach trägt maßgeblich dazu bei, den Ballungsraum effizient zu vernetzen. Zusätzliche Bedeutung gewinnt diese Forderung durch den geplanten Siemens-Campus mit einer Konzentration von Siemens-Standorten im Erlanger Süden.
2. Standortfaktor Nahverkehr: Ein schneller und gut vertakteter Nahverkehr ist ein wichtiger harter Standortfaktor. Er trägt wesentlich dazu bei, Fachkräfte zu binden und neue Fachkräfte für den Zuzug in die Region zu gewinnen. Der Wegfall des Statussymbols Auto in der jüngeren Generation - also den potentiellen Nachwuchskräften – gibt diesem Standortfaktor zusätzliches Gewicht.
3. Wettbewerb der Regionen: Die Region muss sich dem Wettbewerb mit anderen Großstädten und Ballungsräumen stellen. Eine Stadt-Umland-Bahn trägt dazu bei, Wohn- und Arbeitsorte sowie Angebote aus Kultur und Freizeit zwischen Herzogenaurach, Erlangen und Nürnberg miteinander zu verknüpfen und ein attraktives Lebens- und Arbeitsumfeld zu gewährleisten.
4. Siedlungsentwicklung: Schienengebundene Verkehrsmittel ermöglichen eine nachhaltige Verdichtung von Siedlungs- und Gewerbegebieten, schaffen langfristige Perspektiven für neue Siedlungsachsen und werten Wohn- und Gewerbeflächen weiter auf.
5. Verkehrs- und Umweltentlastung: Ein attraktives Nahverkehrsmittel motiviert Pendler, vermehrt auf den Öffentlichen Nahverkehr umzusteigen und dadurch Straßen zu entlasten sowie Staus und Schadstoffemissionen zu reduzieren.

Auch wenn für den Bau der StUB eine hohe staatliche Förderung durch das Förderprogramm nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz und das Finanzausgleichsgesetz vorgesehen ist, stellen die restlichen Baukosten für die Kommunen eine große Belastung dar. Hinzu kommt, dass die Planungskosten nicht förderfähig sind, sondern vollständig von den Kommunen getragen werden müssen.

Die IHK begrüßt ausdrücklich die in Aussicht gestellte Aufstockung der Förderungssumme durch das Land Bayern im Rahmen eines besonderen Härteausgleichs ähnlich der Verlängerung der Universitäts-U-Bahn in Garching. Eine Änderung der Förderkulisse, die künftig auch straßenbündig verlaufenden Streckenabschnitte förderbar macht, würde eine weitere finanzielle Entlastung für die Kommunen darstellen.

Dennoch wird die Bereitstellung einer hochwertigen Verkehrsinfrastruktur für die nutzenden Kommunen nie kostenfrei sein.

In Abwägung der beschriebenen Ausgangsbedingung und der vorgebrachten Argumente kommt die IHK Nürnberg für Mittelfranken zum Schluss, dass an einer schie-nengebundenen Verbindung zwischen Nürnberg Nord - Erlangen und Herzogenaurach kein Weg vorbeiführt.

Bei Planung und Realisierung sollten folgende Prämissen eingehalten werden:

- Beim Trassenverlauf der Stadt-Umland-Bahn ist darauf zu achten, dass kein Kannibalisierungseffekt mit anderen Nahverkehrssystemen (insbesondere S-Bahn) entsteht.
- Bis zur Inbetriebnahme der Stadt-Umland-Bahn werden dringend kurzfristige und temporäre Lösungen zur Optimierung des bestehenden Öffentlichen Nahverkehrs benötigt.

Um Planung, Bau und Inbetriebnahme der Stadt-Umland-Bahn zu beschleunigen sind aus Sicht der IHK folgende weitere Schritte notwendig:

1. Die in Aussicht gestellte zusätzliche Förderung sollte rasch rechtsicher von der Bayerischen Staatsregierung bestätigt werden.
2. Die betroffenen Gebietskörperschaften Nürnberg, Erlangen und Landkreis Erlangen-Höchstadt sollten zeitnah eine geeignete StUB-Organisationsform gründen, die die weiteren Planungsschritte begleitet und eine Einigung über eine sachgerechte Aufteilung der Investitions- und Betriebskosten erzielt.